

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 38. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 12.11.2018, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

Irmgard von Styp-Rekowski

in Vertretung für Bernhard Miesen

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Martin Krampf

Iris Springer

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

Klaus Wolf

in Vertretung für Roswitha Arnold, anwesend bis TOP 15

OP

Michael Neuendorf

PRO NRW

Jürgen Clouth

FDP

Uwe Bartels

DIE LINKE.LEV

Gisela Kronenberg

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

Verwaltung:

Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Büro Baudezernat (60)
Petra Cremer	Stadtplanung (61)
Alfred Görlich	Bauaufsicht (63)
Maria Kümmel	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Tiefbau (66)
Lothar Schmitz	Stadtgrün (67)
Achim Krings	Finanzen (20)
Michaela Bayer	Finanzen (20)
Ingrid Noreiks	Finanzen (20)

vom Fachbereich Rechnungsprüfung und Beratung:

Gerhard Odenthal

Gäste:

Vera Rottes	nbso GmbH
Frank Nettesheim	wupsi GmbH
Peter Klemt	wupsi GmbH

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte	Büro Baudezernat (60)
-----------------------	-----------------------

Es fehlen:

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung6
2	Niederschriften6
3	Kommunale Sicherheit8
3.1	Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen - Antrag der SPD-Fraktion vom 17.10.18 - Neudruck - Nr.: 2018/25388
3.2	Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen - Antrag der CDU-Fraktion vom 10.07.18 - 2. Neudruck - Nr.: 2018/2363.....9
3.3	Sicherheit neu gedacht (Kriminalpräventiver Rat, Kommunalen Ordnungsdienst, bestehende Anfragen) - Verwaltungsvorlage - Nr.: 2018/2565 10
4	Bauliche Instandhaltung Verwaltungsstandort Am Frankenberg - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 04.10.18 - Nr.: 2018/2528 11
5	Nahverkehr der Stadt Leverkusen 12
5.1	Betriebszeitverlängerung aller Nachtbuslinien der Wupsi GmbH um zwei Stunden - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.10.18 - m. Stn. v. 07.11.18 - Nr.: 2018/2548..... 13
5.2	Leistungserweiterung und Optimierung des ÖPNV-Angebotes der wupsi GmbH (wupsi) Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Leverkusen - Nr.: 2018/2494 15
6	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 - Nr.: 2018/2525 16
7	Verwendung von vogelfreundlichem Glas bei größeren städtischen Bauvorhaben - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.07.18 - Nr.: 2018/2368..... 16
8	Verzicht auf den Einsatz eines Schlegelmulchers beim Mähen von Wiesenflächen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.08.18 - Nr.: 2018/2412..... 17
9	Dach- und/oder Fassadenbegrünung - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18 - m. Stn. v. 07.11.18 - Nr.: 2018/2495 17
10	Pflanzgebote in Bebauungsplänen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18 - m. Stn. v. 07.11.18 - Nr.: 2018/2502 18

11	Planung einer Grünzone mit Wasserfläche im Rahmen der Tunnellösungen zum Aus- und Umbau der A1 und A3 inklusive Rheinquerung und beider Leverkusener Kreuze - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.10.18 - m. Stn. v. 08.11.18 m. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18 - Nr.: 2018/2512.....	19
12	Schnellbuslinie Wermelskirchen, Burscheid, Opladen, Leverkusen-Mitte, Chempark (Ford Nord) - Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.18 - Nr.: 2018/2530	19
13	Busspur auf der Burscheider Straße - Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.18 - Nr.: 2018/2534.....	21
14	Wohnungsbauprogramm 2030+ Zwischenergebnisse - Nr.: 2018/2403....	22
15	Bebauungsplan Nr. 80/I "Wiesenstraße" - 1. Änderung - Ergänzungsvereinbarung zum städtebaulichen Vertrag - Nr.: 2018/2468 .	23
16	Bebauungsplan Nr. 224/I "Wiesdorf - zwischen Manforter Straße, Körnerstraße und Gustav-Freytag-Straße" - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) - Nr.: 2018/2429	24
17	Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße" - Beschluss über die eingegangenen Äußerungen (Abwägung) - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2018/2416	24
18	17. Änderung des Flächennutzungsplanes südlich Manforter Straße - Aufstellungsbeschluss - Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange - Nr.: 2018/2430.....	25
19	Bebauungsplan Nr. 239/III „Steinbüchel – südlich Hahnenblecher" - Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2018/2460	26
20	Gesetz zur Neuregelung der Bildungsgänge am Gymnasium - Konzeption zur Herstellung der Rahmenbedingungen - Nr.: 2018/2415 ...	26
21	Sanierung der Aula des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums - Planungs- und Baubeschluss	27
21.1	Antrag der Gruppe FDP vom 25.09.18 - m. Stn. v. 31.10.18 - Nr.: 2018/2499	28
21.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2018/2466	30
22	Radwegerouten 6-8 - Nr.: 2018/2480	32
23	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 34/I "Gewerbefläche Hitdorf-Ost/Wiesenstraße" - Beschluss über die Änderung des	

	Geltungsbereiches - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2018/2467	32
24	Masterplan Green City Leverkusen - Nr.: 2018/2486	33
25	Straßenbaubeiträge	33
25.1	Abschaffung der Straßenbaubeiträge in Leverkusen - Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.18 zum Antrag Nr. 2018/2580 - Nr.: 2018/2583	34
25.2	Aussetzung des Straßenbaubeitrags - Antrag der SPD-Fraktion vom 08.11.18 - Nr.: 2018/2580.....	34
	Bericht der Dezernentin	34
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2018).....	35

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Rh. Ippolito (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ippolito (SPD) begrüßt Frau Gisela Kronenberg (DIE LINKE.LEV) als neues Ausschussmitglied und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 35. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 10.09.2018, die Niederschrift über die 36. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 18.09.2018 sowie die Niederschrift über die 37. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen gemeinsam mit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 16.10.2018 zur Kenntnis.

Bei der Niederschrift über die 36. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 18.09.2018 bittet Herr Krampf (SPD) um ergänzende Informationen bezüglich seiner Nachfragen zum ZOB Opladen.
Frau Rottes (nbso) erläutert zum aktuellen Stand wie folgt:

Bis wann wird die Ausführungsplanung erstellt?

Die Ausführungsplanung für die Verkehrsanlage, die im ersten Bauabschnitt der Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen AÖR (TBL) berücksichtigt werden soll, liegt am 12.11.2018 vor. Im ersten Bauabschnitt wird die Verkehrsanlage ohne Pflaster hergestellt; Pflaster und taktile Elemente sind Teile des Bauabschnittes 2. Für das Mittelbussteigdach wird die notwendige Verrohrung für die Dynamische Fahrgastinformation, die Beleuchtung und die Entwässerung im Bauabschnitt 1 berücksichtigt.

Bis wann erfolgt der Rückbau des alten Busbahnhofs?

Der Rückbau wird zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen und muss bis Ende Oktober 2020 abgeschlossen sein.

Bis wann erfolgt die Detailplanung?

Nach dem Projektzeitenplan der TBL sind die Unterlagen für die Ausschreibung der Überdachung bis Ende Februar 2019 zu liefern (Baulos 3).

Bezüglich der Niederschrift für die 37. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen gemeinsam mit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 16.10.2018 wird auf Antrag von Rh. Paul Hebbel (CDU) der Beschluss zur Vorlage Nr. 2018/2227 unter Punkt 4, 2 Spiegelstrich, um den Halbsatz „und ggf. als Schulsport- und Freizeitanlage erweitert“ ergänzt:

Rh. Ippolito (SPD) lässt hierüber den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen abstimmen:

Beschluss:

1. Für das im Folgenden näher bezeichnete Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13b BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplans im Sinne des § 30 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren beschlossen.
2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 233/III „Mathildenhof – östlich Bohofsweg“.
3. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Steinbüchel und beinhaltet die Flurstücke 303 (z. T.), 313 (z. T.), Flur 14; 70 (z. T.), 72 Flur 15 und 755 Flur 19. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.
4. Im Rahmen der weiteren Planungen soll
 - eine ökologische Referenzsiedlung mit Einfamilien- und Doppelhäusern sowie zwei Mehrfamilienhäusern mit je 4 bis 6 Wohneinheiten entstehen;
 - der Bolzplatz „An der Wasserkuhl“ erhalten, bedarfsgerecht als Sportanlage gesichert und ggf. als Schulsport- und Freizeitanlage erweitert werden;
 - das Baugebiet ausreichend Wohn – und Besucherparkplätze aufweisen.
5. Die Verwaltung erarbeitet für die gegenüberliegende Bestandsbebauung ein Parkraumkonzept.
6. Die Verwaltung prüft im Weiteren die Möglichkeit eines Multigenerationskonzeptes auf dem Gelände des ehemaligen Gut Meckhofen.

- einstimmig -

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

Redaktioneller Hinweis:

In der Sitzung vom 22.11.2018 tritt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 12.11.18 zur Vorlage Nr. 2018/ 2227 bei.

3 Kommunale Sicherheit

Die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538), 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) und 3.3 (Vorlage Nr. 2018/2565) werden gemeinsam behandelt.

Rh. Ippolito (SPD) schlägt dem Ausschuss eine Abstimmung wie in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (KJ) am 08.11.2018 vor. Herr Bartels (FDP) beantragt eine getrennte Abstimmung des geänderten Beschlusssentwurfes aus dem KJ. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates zum 01.03.2019.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (FDP)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Schaffung eines kommunalen Ordnungsdienstes zu erarbeiten und dem Rat bis zum 01.03.2019 vorzulegen.

- einstimmig -

3. Die Anträge Nr. 2018/2538 sowie Nr. 2018/2363 werden in die Vorlage integriert.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (FDP)

Die Anträge zu TOP 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538) und zu TOP 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) haben sich damit erledigt.

3.1 Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen - Antrag der SPD-Fraktion vom 17.10.18 - Neudruck

- Nr.: 2018/2538

Die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538), 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) und 3.3 (Vorlage Nr. 2018/2565) werden gemeinsam behandelt.

Rh. Ippolito (SPD) schlägt dem Ausschuss eine Abstimmung wie in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (KJ) am 08.11.2018 vor. Herr Bartels (FDP) beantragt eine getrennte Abstimmung des geänderten Beschlusssentwurfes aus dem KJ. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates zum 01.03.2019.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (FDP)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Schaffung eines Kommunalen Ordnungsdienstes zu erarbeiten und dem Rat bis zum 01.03.2019 vorzulegen.

- einstimmig -

3. Die Anträge Nr. 2018/2538 sowie Nr. 2018/2363 werden in die Vorlage integriert.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (FDP)

Die Anträge zu TOP 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538) und zu TOP 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) haben sich damit erledigt.

- 3.2 Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.07.18
- 2. Neudruck
- Nr.: 2018/2363

Die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538), 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) und 3.3 (Vorlage Nr. 2018/2565) werden gemeinsam behandelt.

Rh. Ippolito (SPD) schlägt dem Ausschuss eine Abstimmung wie in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (KJ) am 08.11.2018 vor. Herr Bartels (FDP) beantragt eine getrennte Abstimmung des geänderten Beschlussentwurfes aus dem KJ. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates zum 01.03.2019.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (FDP)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Schaffung eines Kommunalen Ordnungsdienstes zu erarbeiten und dem Rat bis zum 01.03.2019 vorzulegen.

- einstimmig -

3. Die Anträge Nr. 2018/2538 sowie Nr. 2018/2363 werden in die Vorlage integriert.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (FDP)

Die Anträge zu TOP 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538) und zu TOP 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) haben sich damit erledigt.

- 3.3 Sicherheit neu gedacht (Kriminalpräventiver Rat, Kommunalen Ordnungsdienst, bestehende Anfragen)
- Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2018/2565

Die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538), 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) und 3.3 (Vorlage Nr. 2018/2565) werden gemeinsam behandelt.

Rh. Ippolito (SPD) schlägt dem Ausschuss eine Abstimmung wie in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (KJ) am 08.11.2018 vor. Herr Bartels (FDP) beantragt eine getrennte Abstimmung des geänderten Beschlussentwurfes aus dem KJ. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates zum 01.03.2019.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (FDP)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Schaffung eines Kommunalen Ordnungsdienstes zu erarbeiten und dem Rat bis zum 01.03.2019 vorzulegen.

- einstimmig -

3. Die Anträge Nr. 2018/2538 sowie Nr. 2018/2363 werden in die Vorlage integriert.

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (FDP)

Die Anträge zu TOP 3.1 (Antrag Nr. 2018/2538) und zu TOP 3.2 (Antrag Nr. 2018/2363) haben sich damit erledigt.

- 4 Bauliche Instandhaltung Verwaltungsstandort Am Frankenberg
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 04.10.18
- Nr.: 2018/2528

Herr Neuendorf (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Nach eingehender Diskussion fasst Rh. Ippolito (SPD) die mehrheitlich geäußerte Forderung des Ausschusses nach einem Gesamtkonzept zusammen, das sämtliche Verwaltungsstandorte aufgeteilt nach Mietobjekten bzw. städtischen Liegenschaften und deren Investitions- bzw. Sanierungsbedarfe enthält.

Sodann lässt Rh. Ippolito (SPD) über den Antrag der Fraktion Opladen Plus Nr. 2018/2528 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (OP)

dagegen: 13 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 3 (1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)

5 Nahverkehr der Stadt Leverkusen

Die Tagesordnungspunkte 5.1 (Antrag Nr. 2018/2548) und 5.2 (Vorlage Nr. 2018/2494) werden gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 (Antrag Nr. 2018/2530) und 13 (Antrag Nr. 2018/2534) behandelt.

Bezüglich des TOP 5.1, Antrag Nr. 2018/2548, spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der Verwaltung aus, zunächst die geplante Verlängerung der Nachtbuslinien um eine Stunde in Bezug auf die Akzeptanz durch die ÖPNV-Nutzer abzuwarten. Eine weitere Verlängerung sollte dann nach einer Erprobungsphase von einem Jahr erneut geprüft werden. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung des Antrags ihrer Gruppe um ein Jahr einverstanden und bittet die Verwaltung dann um entsprechende Wiedervorlage des Antrags.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung des Antrags Nr. 2018/2548 um ein Jahr abstimmen:

- einstimmig -

Bezüglich des TOP 5.2, Vorlage Nr. 2018/2494, beantragt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) eine Vertagung bis zum Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2018/2494 bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig –

Bezüglich des Antrags Nr. 2018/2530 zu TOP 12 gibt Rh. Paul Hebbel (CDU) zu Protokoll, dass diesbezüglich bereits ein Antrag der CDU-Fraktion zur „Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?“ beschlossen wurde (Antrag Nr. 2018/2196 vom 03.04.2018, Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen in der 32. Sitzung am 16.04.2018). Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass die Einrichtung der Schnellbuslinie bereits als Prüfauftrag beschlossen wurde. Daher ist keine Abstimmung zu diesem Antrag mehr erforderlich.

Die SPD-Fraktion hält jedoch an dem Antrag fest, so dass Rh. Ippolito (SPD) eine Abstimmung im Ausschuss zum Antrag Nr. 2018/2530 herbeiführt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Zum Antrag Nr. 2018/2534 zu TOP 13 stellt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) dar, dass für eine Busspur lediglich eine Verlängerung bis zur Straße Am Plattenbusch sinnvoll ist, da im weiteren Straßenverlauf in Richtung Bergisch Neukirchen keine Stauproblematik und somit keine Notwendigkeit einer Busbevorrechtigung mehr besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Antrag Nr. 2018/2534 abstimmen:

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

- 5.1 Betriebszeitverlängerung aller Nachtbuslinien der Wupsi GmbH um zwei Stunden
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.10.18
- m. Stn. v. 07.11.18
- Nr.: 2018/2548

Die Tagesordnungspunkte 5.1 (Antrag Nr. 2018/2548) und 5.2 (Vorlage Nr. 2018/2494) werden gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 (Antrag Nr. 2018/2530) und 13 (Antrag Nr. 2018/2534) behandelt.

Bezüglich des TOP 5.1, Antrag Nr. 2018/2548, spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der Verwaltung aus, zunächst die geplante Verlängerung der Nachtbuslinien um eine Stunde in Bezug auf die Akzeptanz durch die ÖPNV-Nutzer abzuwarten. Eine weitere Verlängerung sollte dann nach einer Erprobungsphase von einem Jahr erneut geprüft werden. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung des Antrags ihrer Gruppe um ein Jahr einverstanden und bittet die Verwaltung dann um entsprechende Wiedervorlage des Antrags.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung des Antrags Nr. 2018/2548 um ein Jahr abstimmen:

- einstimmig -

Bezüglich des TOP 5.2, Vorlage Nr. 2018/2494, beantragt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) eine Vertagung bis zum Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2018/2494 bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig –

Bezüglich des Antrags Nr. 2018/2530 zu TOP 12 gibt Rh. Paul Hebbel (CDU) zu Protokoll, dass diesbezüglich bereits ein Antrag der CDU-Fraktion zur „Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?“ beschlossen wurde (Antrag Nr. 2018/2196 vom 03.04.2018, Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen in der 32. Sitzung am 16.04.2018). Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass die Einrichtung der Schnellbuslinie bereits als Prüfauftrag beschlossen wurde. Daher ist keine Abstimmung zu diesem Antrag mehr erforderlich.

Die SPD-Fraktion hält jedoch an dem Antrag fest, so dass Rh. Ippolito (SPD) eine Abstimmung im Ausschuss zum Antrag Nr. 2018/2530 herbeiführt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Zum Antrag Nr. 2018/2534 zu TOP 13 stellt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) dar, dass für eine Busspur lediglich eine Verlängerung bis zur Straße Am Plattenbusch sinnvoll ist, da im weiteren Straßenverlauf in Richtung Bergisch Neukirchen keine Stauproblematik und somit keine Notwendigkeit einer Busbevorrechtigung mehr besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Antrag Nr. 2018/2534 abstimmen:

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

5.2 Leistungserweiterung und Optimierung des ÖPNV-Angebotes der wupsi GmbH (wupsi)
Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2018/2494

Die Tagesordnungspunkte 5.1 (Antrag Nr. 2018/2548) und 5.2 (Vorlage Nr. 2018/2494) werden gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 (Antrag Nr. 2018/2530) und 13 (Antrag Nr. 2018/2534) behandelt.

Bezüglich des TOP 5.1, Antrag Nr. 2018/2548, spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der Verwaltung aus, zunächst die geplante Verlängerung der Nachtbuslinien um eine Stunde in Bezug auf die Akzeptanz durch die ÖPNV-Nutzer abzuwarten. Eine weitere Verlängerung sollte dann nach einer Erprobungsphase von einem Jahr erneut geprüft werden. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung des Antrags ihrer Gruppe um ein Jahr einverstanden und bittet die Verwaltung dann um entsprechende Wiedervorlage des Antrags.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung des Antrags Nr. 2018/2548 um ein Jahr abstimmen:

- einstimmig -

Bezüglich des TOP 5.2, Vorlage Nr. 2018/2494, beantragt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) eine Vertagung bis zum Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2018/2494 bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig –

Bezüglich des Antrags Nr. 2018/2530 zu TOP 12 gibt Rh. Paul Heibel (CDU) zu Protokoll, dass diesbezüglich bereits ein Antrag der CDU-Fraktion zur „Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?“ beschlossen wurde (Antrag Nr. 2018/2196 vom 03.04.2018, Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen in der 32. Sitzung am 16.04.2018). Rh. Paul Heibel (CDU) führt aus, dass die Einrichtung der Schnellbuslinie bereits als Prüfauftrag beschlossen wurde. Daher ist keine Abstimmung zu diesem Antrag mehr erforderlich.

Die SPD-Fraktion hält jedoch an dem Antrag fest, so dass Rh. Ippolito (SPD) eine Abstimmung im Ausschuss zum Antrag Nr. 2018/2530 herbeiführt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Zum Antrag Nr. 2018/2534 zu TOP 13 stellt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) dar, dass für eine Busspur lediglich eine Verlängerung bis zur Straße Am Plattenbusch sinnvoll ist, da im weiteren Straßenverlauf in Richtung Bergisch Neukirchen keine Stauproblematik und somit keine Notwendigkeit einer Busbevorrechtigung mehr besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Antrag Nr. 2018/2534 abstimmen:

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
- Nr.: 2018/2525

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) beantragt eine Vertagung bis zum Finanz- und Rechtsausschuss, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen:

- einstimmig -

7 Verwendung von vogelfreundlichem Glas bei größeren städtischen Bauvorhaben
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.07.18
- Nr.: 2018/2368

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) und Herr Bartels (FDP) befürworten den Antrag, solange bei jedem Bauvorhaben eine Abwägung von Kosten und Nutzen erfolgt.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1
DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (PRO NRW)

- 8 Verzicht auf den Einsatz eines Schlegelmulchers beim Mähen von Wiesenflächen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.08.18
- Nr.: 2018/2412

Es besteht Einigkeit im Ausschuss darüber, sich der Beschlussempfehlung des Bürger- und Umweltausschusses vom 08.11.2018 anzuschließen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

„Die Verwaltung ermittelt bis zum Frühjahr 2019 weitere Wiesen im Innen- und Außenbereich, bei denen die Pflege optimiert werden kann. Die Quote der vom Fachbereich Stadtgrün genannten Flächen von 14 Hektar, die bereits mit dem Balkenmäher gemäht werden, soll damit erhöht werden. Es ist davon auszugehen, dass durch die Quotenerhöhung höhere Kosten entstehen werden. Ausgenommen von der Prüfung sind Flächen, die durch die Technischen Betriebe Leverkusen AöR (TBL) und Straßen.NRW betreut werden.“

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1
DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (PRO NRW)

- 9 Dach- und/oder Fassadenbegrünung
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18
- m. Stn. v. 07.11.18
- Nr.: 2018/2495

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) erläutert, dass der Antrag für die CDU-Fraktion zu weitreichend ist. Die CDU-Fraktion hat sich unter anderem für eine ökologische Referenzsiedlung am Bohofsweg ausgesprochen, um für eine freiwillige Umsetzung von Dach- und Fassadenbegrünungen werben zu können.

Herr Bartels (FDP) moniert die grundsätzlich zu restriktiven Festsetzungen in vielen Bebauungsplänen.

Rh. Paul Hebbel (CDU) wünscht sich eine Vorbildfunktion an städtischen Gebäuden und eine vermehrte Umsetzung von Dach- und Fassadenbegrünungen an diesen Standorten.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass bereits an vielen städtischen Gebäuden Dachbegrünungen erfolgt sind. Auch Fassadenbegrünungen sind ökologisch sehr wertig, fordern jedoch einen erheblichen Pflegeaufwand.

Herr Hüther (SPD) befürwortet den Antrag, solange die Anteile jeweils einer genauen Prüfung unterzogen werden können.

Herr Wolf stimmt zu, dass der Antrag insofern geändert wird, dass jeder Bebauungsplan grundsätzlich auf die Festsetzung von Anteilen für Dach- und/oder Fassadenbegrünung geprüft wird.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (1 OP, 1 PRO NRW)

- 10 Pflanzgebote in Bebauungsplänen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18
- m. Stn. v. 07.11.18
- Nr.: 2018/2502

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 14 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP)

- 11 Planung einer Grünzone mit Wasserfläche im Rahmen der Tunnellösungen zum Aus- und Umbau der A1 und A3 inklusive Rheinquerung und beider Leverkusener Kreuze
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.10.18
- m. Stn. v. 08.11.18 m. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.18
- Nr.: 2018/2512

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dagegen: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 12 Schnellbuslinie Wermelskirchen, Burscheid, Opladen, Leverkusener-Mitte, Chempark (Ford Nord)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.18
- Nr.: 2018/2530

Die Tagesordnungspunkte 5.1 (Antrag Nr. 2018/2548) und 5.2 (Vorlage Nr. 2018/2494) werden gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 (Antrag Nr. 2018/2530) und 13 (Antrag Nr. 2018/2534) behandelt.

Bezüglich des TOP 5.1, Antrag Nr. 2018/2548, spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der Verwaltung aus, zunächst die geplante Verlängerung der Nachtbuslinien um eine Stunde in Bezug auf die Akzeptanz durch die ÖPNV-Nutzer abzuwarten. Eine weitere Verlängerung sollte dann nach einer Erprobungsphase von einem Jahr erneut geprüft werden. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung des Antrags ihrer Gruppe um ein Jahr einverstanden und bittet die Verwaltung dann um entsprechende Wiedervorlage des Antrags.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung des Antrags Nr. 2018/2548 um ein Jahr abstimmen:

- einstimmig -

Bezüglich des TOP 5.2, Vorlage Nr. 2018/2494, beantragt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) eine Vertagung bis zum Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2018/2494 bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig –

Bezüglich des Antrags Nr. 2018/2530 zu TOP 12 gibt Rh. Paul Hebbel (CDU) zu Protokoll, dass diesbezüglich bereits ein Antrag der CDU-Fraktion zur „Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?“ beschlossen wurde (Antrag Nr. 2018/2196 vom 03.04.2018, Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen in der 32. Sitzung am 16.04.2018). Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass die Einrichtung der Schnellbuslinie bereits als Prüfauftrag beschlossen wurde. Daher ist keine Abstimmung zu diesem Antrag mehr erforderlich.

Die SPD-Fraktion hält jedoch an dem Antrag fest, so dass Rh. Ippolito (SPD) eine Abstimmung im Ausschuss zum Antrag Nr. 2018/2530 herbeiführt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Zum Antrag Nr. 2018/2534 zu TOP 13 stellt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) dar, dass für eine Busspur lediglich eine Verlängerung bis zur Straße Am Plattenbusch sinnvoll ist, da im weiteren Straßenverlauf in Richtung Bergisch Neukirchen keine Staufproblematik und somit keine Notwendigkeit einer Busbevorrechtigung mehr besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Antrag Nr. 2018/2534 abstimmen:

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

- 13 Busspur auf der Burscheider Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.18
- Nr.: 2018/2534

Die Tagesordnungspunkte 5.1 (Antrag Nr. 2018/2548) und 5.2 (Vorlage Nr. 2018/2494) werden gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 (Antrag Nr. 2018/2530) und 13 (Antrag Nr. 2018/2534) behandelt.

Bezüglich des TOP 5.1, Antrag Nr. 2018/2548, spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der Verwaltung aus, zunächst die geplante Verlängerung der Nachtbuslinien um eine Stunde in Bezug auf die Akzeptanz durch die ÖPNV-Nutzer abzuwarten. Eine weitere Verlängerung sollte dann nach einer Erprobungsphase von einem Jahr erneut geprüft werden. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung des Antrags ihrer Gruppe um ein Jahr einverstanden und bittet die Verwaltung dann um entsprechende Wiedervorlage des Antrags.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung des Antrags Nr. 2018/2548 um ein Jahr abstimmen:

- einstimmig -

Bezüglich des TOP 5.2, Vorlage Nr. 2018/2494, beantragt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) eine Vertagung bis zum Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2018/2494 bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig –

Bezüglich des Antrags Nr. 2018/2530 zu TOP 12 gibt Rh. Paul Hebbel (CDU) zu Protokoll, dass diesbezüglich bereits ein Antrag der CDU-Fraktion zur „Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?“ beschlossen wurde (Antrag Nr. 2018/2196 vom 03.04.2018, Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen in der 32. Sitzung am 16.04.2018). Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass die Einrichtung der Schnellbuslinie bereits als Prüfauftrag beschlossen wurde. Daher ist keine Abstimmung zu diesem Antrag mehr erforderlich.

Die SPD-Fraktion hält jedoch an dem Antrag fest, so dass Rh. Ippolito (SPD) eine Abstimmung im Ausschuss zum Antrag Nr. 2018/2530 herbeiführt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 OP, 1 FDP, 1 DIE

LINKE.LEV)
dagegen: 6 (CDU)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Zum Antrag Nr. 2018/2534 zu TOP 13 stellt Frau Biermann-Tannenberger (CDU) dar, dass für eine Busspur lediglich eine Verlängerung bis zur Straße Am Plattenbusch sinnvoll ist, da im weiteren Straßenverlauf in Richtung Bergisch Neukirchen keine Stauproblematik und somit keine Notwendigkeit einer Busbevorrechtigung mehr besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Antrag Nr. 2018/2534 abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Einrichtung einer Busspur auf der gesamten Länge der Burscheider Straße möglich ist. Dabei geht es um die grundsätzliche Umsetzbarkeit des Projektes, die voraussichtlichen Kosten, die Dauer der Bauarbeiten und die wahrscheinlichen Auswirkungen auf den Straßenverkehr.

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Einrichtung einer Busspur auf der gesamten Länge der Burscheider Straße möglich ist. Dabei geht es um die grundsätzliche Umsetzbarkeit des Projektes, die voraussichtlichen Kosten, die Dauer der Bauarbeiten und die wahrscheinlichen Auswirkungen auf den Straßenverkehr.

dafür: 8 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 6 (6 CDU)
Enth.: 2 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

14 Wohnungsbauprogramm 2030+
Zwischenergebnisse
- Nr.: 2018/2403

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen nimmt die dar-

gestellten Zwischenergebnisse des Wohnungsbauprogramms 2030+ zur Kenntnis (siehe Anlagen 2 bis 4 der Vorlage).

2. Die Status quo-Variante (Trendfortschreibung) wird als Leitlinie für die weiteren Verfahrensschritte zwischen der Bezirksregierung und der Verwaltung bei der Überarbeitung des Regionalplans festgelegt.
3. Die im geltenden Regionalplan als Flächen für den „Allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) bzw. als „Gewerbe- und Industriebereich“ (GIB) werden gegenüber der Regionalplanungsbehörde als Untergrenze des zukünftigen Flächenbedarfes angezeigt (siehe Regionalplan Planausschnitt Leverkusen: Anlage 1 der Vorlage).

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Beitrittsbeschlüsse der Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke I, II und III.

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 15 Bebauungsplan Nr. 80/I "Wiesenstraße" - 1. Änderung
- Ergänzungsvereinbarung zum städtebaulichen Vertrag
- Nr.: 2018/2468

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Ergänzungsantrag, dass die Firma Aldi eine Verbesserung des Erscheinungsbildes des SB-Marktes sowie eine bessere und intensivere Begrünung des Parkplatzes im Rahmen der Erweiterung umsetzt.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen:

dafür: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV,
1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 16 Bebauungsplan Nr. 224/I "Wiesdorf - zwischen Manforter Straße, Körnerstraße und Gustav-Freytag-Straße"
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- Nr.: 2018/2429

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion hier ausreichende barrierefreie Fahrradabstellplätze sowie Elektroladestationen für Fahrräder fordert.

Beschluss:

1. Dem Vorentwurf der Planunterlagen einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung (Anlagen 1, 2.1 und 2.2 der Vorlage) zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Die Beteiligung ist in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung unter der Leitung des Bezirksvorstehers für den Stadtbezirk I durchzuführen. Gleichzeitig wird der Vorentwurf mit Begründung und Umweltbericht für die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig -

- 17 Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße"
- Beschluss über die eingegangenen Äußerungen (Abwägung)
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2018/2416

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich nach der Sicherung der Altlastenverdachtsfläche unter der Teerfläche. Frau Cremer (61) erläutert, dass die Fläche im Bebauungsplanverfahren gutachterlich untersucht wird. Frau Beigeordnete Deppe ergänzt, dass die Altlastenverdachtsfläche entweder nach einem festgelegten Klassifizierungsverfahren saniert oder aber in

jedem Fall dauerhaft durch Versiegelung gesichert wird.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion zudem ausreichende barrierefreie Fahrradabstellplätze sowie Elektroladestationen für Fahrräder fordert.

Beschluss:

1. Der Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 236/I "Wiesdorf – Grundschulen Dönhoffstraße" wird zugestimmt. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Wiesdorf und beinhaltet in Flur 11 die Flurstücke 242 und 266 teilweise. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.
2. Über die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Äußerungen I/A) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Äußerungen I/B) sowie der städtischen Fachbereiche und Betriebe (Äußerungen I/C) vorgebrachten Äußerungen wird gemäß Beschlussentwurf der Verwaltung (Anlage 6 der Vorlage) entschieden. Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße" (Anlagen 2 und 3 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 5 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
4. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB an der Planung zu beteiligen. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung einschließlich Umweltbericht und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen ist für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig -

- 18 17. Änderung des Flächennutzungsplanes südlich Manforter Straße
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange
- Nr.: 2018/2430

Beschluss:

3. Der Flächennutzungsplan wird in dem Teilbereich „südlich Manforter Straße“ geändert. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 2 der Vorlage) zu entnehmen. Die Aufstellung erfolgt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).
4. Dem Vorentwurf der Planunterlagen einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung (Anlagen 1 und 2 der Vorlage) zugestimmt.
5. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Die Beteiligung ist in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung unter der Leitung der Bezirksvorsteherin für den Stadtbezirk I durchzuführen. Gleichzeitig wird der Vorentwurf mit Begründung und Umweltbericht für die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig -

- 19 Bebauungsplan Nr. 239/III „Steinbüchel – südlich Hahnenblecher“
- Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2018/2460

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE.LEV)
Enth.: 1 (OP)

- 20 Gesetz zur Neuregelung der Bildungsgänge am Gymnasium
- Konzeption zur Herstellung der Rahmenbedingungen
- Nr.: 2018/2415

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1

Enth.: DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
1 (PRO NRW)

21 Sanierung der Aula des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums - Planungs- und Baubeschluss

Die Tagesordnungspunkte 21.1 (Antrag Nr. 2018/2499) und 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466) werden gemeinsam behandelt.

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe zu TOP 21.1.

Frau Beigeordnete Deppe bittet eingangs um Entschuldigung, dass es trotz des vorliegenden Petitums nicht zu einer Trennung von Planungs- und Baubeschluss bei diesem Projekt gekommen ist. Seitens des Baudezernates wurde im Nachgang zu einem Gespräch mit den bau- und finanzpolitischen Sprechern am 04.09.2018 die Vorgehensweise bei Vergaben im Baudezernat in einer Mitteilung für z.d.A.: Rat dargestellt. Diese Erläuterungen sind aufgrund eines verwaltungsinternen Missverständnisses jedoch nicht vorab über z.d.A.: Rat veröffentlicht worden. Frau Beigeordnete Deppe appelliert, den Beschluss jetzt dennoch in der vorliegenden Form zu fassen, zumal es sich um eine Sanierung handelt.

Frau Kümmel (65) erläutert, dass bei einem Planungsbeschluss das Ergebnis der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung vorgelegt wird. Bei einem Baubeschluss wird die Entwurfsplanung bis einschließlich der Leistungsphase 3 nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) vorgelegt, inklusive einer detaillierten Kostenberechnung. Dies liegt nunmehr vor. Bei einer Trennung von Planungs- und Baubeschluss würde damit eine identische Vorlage in den nächsten Turnus eingebracht.

Rh. Paul Hebbel (CDU) betont, dass es seiner Ansicht zu einer Steigerung der Kostensicherheit kommt, wenn die Vorlage für den Baubeschluss erst in den kommenden Turnus eingebracht wird und daher die CDU-Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu Unterpunkt 4 bei der Vorlage Nr. 2018/2466 nicht zustimmen kann.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag Nr. 2018/2499 zu TOP 21.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (FDP)

dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

Rh. Paul Hebbel (CDU) beantragt sodann eine Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten der Vorlage zu 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466).

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Der Entwurfsplanung des Architekturbüros Kastner Pichler wird zugestimmt.

- einstimmig -

2. Die prognostizierten Gesamtbaukosten für die Maßnahme betragen gemäß Kostenberechnung nach heutigem Stand 4.100.000,- € inklusive Mehrwertsteuer.

- einstimmig -

3. Die Planung ist auf der Grundlage der Entwurfsplanung fortzuführen.

- einstimmig -

4. Mit der Durchführung der Maßnahme ist nach Beschlussfassung gemäß der vorgegebenen Zeitplanung zu beginnen.

dafür: 10 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 6 (CDU)

21.1 Antrag der Gruppe FDP vom 25.09.18
- m. Stn. v. 31.10.18
- Nr.: 2018/2499

Die Tagesordnungspunkte 21.1 (Antrag Nr. 2018/2499) und 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466) werden gemeinsam behandelt.

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe zu TOP 21.1.

Frau Beigeordnete Deppe bittet eingangs um Entschuldigung, dass es trotz des vorliegenden Petitions nicht zu einer Trennung von Planungs- und Bauabschluss bei diesem Projekt gekommen ist. Seitens des Baudezernates

wurde im Nachgang zu einem Gespräch mit den bau- und finanzpolitischen Sprechern am 04.09.2018 die Vorgehensweise bei Vergaben im Baudezernat in einer Mitteilung für z.d.A.: Rat dargestellt. Diese Erläuterungen sind aufgrund eines verwaltungsinternen Missverständnisses jedoch nicht vorab über z.d.A.: Rat veröffentlicht worden. Frau Beigeordnete Deppe appelliert, den Beschluss jetzt dennoch in der vorliegenden Form zu fassen, zumal es sich um eine Sanierung handelt.

Frau Kümmel (65) erläutert, dass bei einem Planungsbeschluss das Ergebnis der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung vorgelegt wird. Bei einem Baubeschluss wird die Entwurfsplanung bis einschließlich der Leistungsphase 3 nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) vorgelegt, inklusive einer detaillierten Kostenberechnung. Dies liegt nunmehr vor. Bei einer Trennung von Planungs- und Baubeschluss würde damit eine identische Vorlage in den nächsten Turnus eingebracht.

Rh. Paul Hebbel (CDU) betont, dass es seiner Ansicht zu einer Steigerung der Kostensicherheit kommt, wenn die Vorlage für den Baubeschluss erst in den kommenden Turnus eingebracht wird und daher die CDU-Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu Unterpunkt 4 bei der Vorlage Nr. 2018/2466 nicht zustimmen kann.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag Nr. 2018/2499 zu TOP 21.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (FDP)
dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

Rh. Paul Hebbel (CDU) beantragt sodann eine Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten der Vorlage zu 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466).

Beschlussempfehlung an den Rat:

5. Der Entwurfsplanung des Architekturbüros Kastner Pichler wird zugestimmt.

- einstimmig -

6. Die prognostizierten Gesamtbaukosten für die Maßnahme betragen gemäß Kostenberechnung nach heutigem Stand 4.100.000,- € inklusive Mehrwertsteuer.

- einstimmig -

7. Die Planung ist auf der Grundlage der Entwurfsplanung fortzuführen.

- einstimmig -

8. Mit der Durchführung der Maßnahme ist nach Beschlussfassung gemäß der vorgegebenen Zeitplanung zu beginnen.

dafür: 10 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 6 (CDU)

dafür: 1 (FDP)

dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

21.2 Verwaltungsvorlage - Nr.: 2018/2466

Die Tagesordnungspunkte 21.1 (Antrag Nr. 2018/2499) und 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466) werden gemeinsam behandelt.

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe zu TOP 21.1.

Frau Beigeordnete Deppe bittet eingangs um Entschuldigung, dass es trotz des vorliegenden Petitions nicht zu einer Trennung von Planungs- und Baubeschluss bei diesem Projekt gekommen ist. Seitens des Baudezernates wurde im Nachgang zu einem Gespräch mit den bau- und finanzpolitischen Sprechern am 04.09.2018 die Vorgehensweise bei Vergaben im Baudezernat in einer Mitteilung für z.d.A.: Rat dargestellt. Diese Erläuterungen sind aufgrund eines verwaltungsinternen Missverständnisses jedoch nicht vorab über z.d.A.: Rat veröffentlicht worden. Frau Beigeordnete Deppe appelliert, den Beschluss jetzt dennoch in der vorliegenden Form zu fassen, zumal es sich um eine Sanierung handelt.

Frau Kümmel (65) erläutert, dass bei einem Planungsbeschluss das Ergebnis der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung vorgelegt wird. Bei einem Baubeschluss wird die Entwurfsplanung bis einschließlich der Leistungsphase 3 nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) vorgelegt, inklusive einer detaillierten Kostenberechnung.

Dies liegt nunmehr vor. Bei einer Trennung von Planungs- und Baubeschluss würde damit eine identische Vorlage in den nächsten Turnus eingebracht.

Rh. Paul Hebbel (CDU) betont, dass es seiner Ansicht zu einer Steigerung der Kostensicherheit kommt, wenn die Vorlage für den Baubeschluss erst in den kommenden Turnus eingebracht wird und daher die CDU-Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu Unterpunkt 4 bei der Vorlage Nr. 2018/2466 nicht zustimmen kann.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag Nr. 2018/2499 zu TOP 21.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (FDP)
dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

Rh. Paul Hebbel (CDU) beantragt sodann eine Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten der Vorlage zu 21.2 (Vorlage Nr. 2018/2466).

Beschlussempfehlung an den Rat:

9. Der Entwurfsplanung des Architekturbüros Kastner Pichler wird zugestimmt.

- einstimmig -

10. Die prognostizierten Gesamtbaukosten für die Maßnahme betragen gemäß Kostenberechnung nach heutigem Stand 4.100.000,- € inklusive Mehrwertsteuer.

- einstimmig -

11. Die Planung ist auf der Grundlage der Entwurfsplanung fortzuführen.

- einstimmig -

12. Mit der Durchführung der Maßnahme ist nach Beschlussfassung gemäß der vorgegebenen Zeitplanung zu beginnen.

dafür: 10 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 6 (CDU)

- 22 Radwegerouten 6-8
- Nr.: 2018/2480

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 23 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 34/I "Gewerbefläche Hitdorf-Ost/Wiesenstraße"
- Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2018/2467

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich, ob inzwischen die wasserrechtliche Erlaubnis für das Bauvorhaben erteilt wurde.

Frau Cremer (61) erläutert, dass es sich bei dem vorliegenden Bebauungsplanverfahren um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt. Im Rahmen der Auslegung werden auch die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Vor dem Satzungsbeschluss erfolgen die endgültigen Abwägungen.

Frau Beigeordnete Deppe ergänzt, dass die wasserrechtliche Erlaubnis parallel zur Auslegung des Bebauungsplans geklärt werden muss. Frau Beigeordnete Deppe versichert, dass es nicht zum Satzungsbeschluss kommt, wenn nicht alles positiv beschieden ist.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, dass dies so zu Protokoll genommen wird.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zudem zu Protokoll, dass seine Fraktion hier ausreichende barrierefreie Fahrradabstellplätze sowie Elektroladestationen für Fahrräder fordert. Zudem soll dem Investor vorgeschlagen werden, über den Parkplätzen Solarpanels zu errichten.

Beschluss:

1. Dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung zu den in der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Äußerungen (Anlage 2 der Vorlage) wird gefolgt.
2. Der Änderung des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V 34/I „Gewerbefläche Hitdorf-Ost/Wiesenstraße“ wird zugestimmt. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan V 34/I „Gewerbefläche Hitdorf-Ost/Wiesenstraße“ (Anlage 3.1 und 3.2 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 4 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
4. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der diesem Beschluss beigefügten Entwurfsbegründung für die Dauer von 30 Tagen öffentlich ausgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV,
1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

24 Masterplan Green City Leverkusen
- Nr.: 2018/2486

Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt zu Protokoll, dass es nicht möglich ist, eine derart umfangreiche Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, die erst über den Nachtrag eingereicht wird. Rh. Paul Hebbel beantragt daher, die Kenntnisnahme bis zum Rat zu vertagen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung der Kenntnisnahme bis zum Rat abstimmen:

- einstimmig -

25 Straßenbaubeiträge

Rh. Ippolito (SPD) schlägt vor, die verspätet eingegangenen Anträge aufgrund des Petitums des Ältestenrates in den Finanz- und Rechtsausschuss zu vertagen.

- einstimmig -

- 25.1 Abschaffung der Straßenbaubeiträge in Leverkusen
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.18 zum Antrag Nr. 2018/2580
- Nr.: 2018/2583

Rh. Ippolito (SPD) schlägt vor, die verspätet eingegangenen Anträge aufgrund des Petitums des Ältestenrates in den Finanz- und Rechtsausschuss zu vertagen.

- einstimmig -

- 25.2 Aussetzung des Straßenbaubeitrags
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.11.18
- Nr.: 2018/2580

Rh. Ippolito (SPD) schlägt vor, die verspätet eingegangenen Anträge aufgrund des Petitums des Ältestenrates in den Finanz- und Rechtsausschuss zu vertagen.

- einstimmig -

Bericht der Dezernentin

Es wird kein Bericht abgegeben.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2018)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die öffentliche Sitzung gegen 17.45 Uhr.

Peter Ippolito schließt die Sitzung gegen 17:55 Uhr.

Peter Ippolito
Vorsitzende/r

Stefanie Krüger-Witte
Schriftführer/in